

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1847

29.1.1847 (No. 28)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, den 29. Januar.

№ 28.

Vorauszahlung: jährlich 8 fl., halbj. 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einsendungsgebühr: die gepaltene Zeitung oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.

1847.

Deutschland.

Frauenverein.

Der hiesige Frauenverein wurde heute durch die bekannte Huld Seiner Königlich hohen Hoheit des Großherzogs mit einem Geschenke von 500 fl.

für die Suppenanstalt überrascht. Wir bringen diese fürstliche Gabe mit unterthänigstem Danke gegen den allverehrten Geber zur öffentlichen Kenntniß.
Karlsruhe, den 27. Januar 1847.

Die Vizepräsidentin:

Frauen v. Zyllhard.

Der Sekretär:
Bils.

Karlsruhe, 28. Jan. Während die Damen des hiesigen Frauenvereins mit höherer Ermächtigung zu Gunsten der Suppenanstalt eine von Haus zu Haus gehende Sammlung machen, haben gestern Seine Königlich hohe Hoheit der Großherzog, Höchstseiner Wohlthätigkeit einem unerschöpflichen Vorn gleicht, den Frauenverein mit dem fürstlichen Geschenke von 500 fl. zu gleichem Zwecke huldvoll überrascht. Ja, Großherzog Leopold ist Allen ein wohlwollender Vater, der mit theilnehmendem Herzen die Klagen und Wünsche hört, der mit mildem Herzen die herben Schicksale sieht und in dem die drückende Armuth einen hülfreichen Tröster findet. Wo im Lande Unglück und Noth ihre Einsicht halten, da ist sein warmes Herz gerne bereit zu helfen. Die öffentlichen Blätter des Landes berichten oft genug von den Wohlthaten, die der gütige Fürst in die Hütten des Unglücks und der Armuth sendet. Und doch ist dies nur ein geringer Theil von dem, was seine milde Hand gewährt. Jeden Mittwoch sehen wir ganze Schaa- ren von Armen aus Stadt und Land nach dem Schlosse ziehen, um dort eine Unterstützung zu empfangen. Mit der steigenden Noth vermehrt sich ihre Zahl, und an den drei letzten Audienztagen waren es jeweils über tausend Personen, von denen jede eine Gabe empfing. Es ist darum wohl keine Schmeichelei gewesen, wenn ein Schriftsteller des Landes den Großherzog Leopold den besten Mann seines Landes nannte, und ein edles Gemüth noch vor Kurzem sagte: „Euch geht im Guten Euer Fürst voran.“

Karlsruhe, 29. Jan. Auf's Neue verbreitete sich gestern Abend der Ruf: „Es brennt!“ Doch blieb es diesmal zum Glück nur beim Schreck, obwohl die Gefahr leicht noch größer werden konnte als in der Frühe. Kurz nach 7 Uhr wurde in dem dritten Stockwerke der Infanteriekaserne in einem Zimmer gegen Westen, schräg gegenüber dem Hause, in welchem gestern Frühe der Brand ausgebrochen, Rauch und Feuer bemerkt, das jedoch durch rasche Vorkehrung schnell gedämpft ward. Die Vermuthung liegt ganz nahe, daß durch die glühenden Funken, welche am Morgen von der Brandstätte umher- getrieben worden, irgend ein brennbarer Stoff sich allmählig entzündete und erst gegen Abend das Feuer zum Ausbruch kam. Wäre der Fall einige Stun- den später eingetreten, so hätten wir ohne Zweifel ein großes Unglück erlebt.

Wom Rhe in. (Korresp.) Ueber die Ringthalbahn ist schon mancher Artikel geschrieben worden, und so weit ohne Geld für diese Bahn gearbeitet werden konnte, geschah das Mögliche. Es ist aber noch eine Bahnlinie in unserem Lande zu bauen, welche der Ringthalbahn an Wichtigkeit in keiner Weise nachsteht. Ich meine die Bahnlinie von Mannheim nach Würzburg. Bekanntlich theilt sich die große, westliche französische Bahn bei Nancy in eine nördliche Linie zur Einbiegung in die meh- saiserlautern- ludwigshafener resp. manheimer, und in die südliche, die nancy- strasburger Linie. Erstere dient vorzugsweise zur Verbindung mit dem mittleren Deutschland in der Richtung von Würz- burg, Bamberg, dem Königreich Sachsen, Schlesien u. s. w. Wird nun von Mannheim aus durch unser Land auf dem nächsten Wege nach Würzburg die Bahnlinie nicht fortgesetzt, so zieht sich der nach dem nördlichen Bayern ge- richtete Verkehr mittelst der Neckar- Mainseisenbahn über Frankfurt, Hanau, Aschaffenburg dahin. Unser Land verliert dann den sehr erheblichen Transit von Mannheim nach Würzburg, und der Odenwald die Möglichkeit, von einer bedeutenden Verkehrsbahn nächsten Nutzen zu ziehen. Kurhessen und Bayern bauen aber in jedem Falle die Bahn von Hanau über Aschaffenburg, Würz- burg nach Bamberg; denn Bayern hat bereits mit Oesterreich über eine triest- münchener Linie vereinigt, um den ostindischen Handelsweg von England aus durch sein Land zu erhalten, und es wird auf dieser Linie zum großen Nutzen seiner Unterthanen auch den Zweck erreichen. Zur Eisenbahnverbin- dung zwischen Mannheim und Würzburg könnte zum Theil zwischen zwei Hauptlinien gewählt werden. Die eine unter Benutzung der Neckareisenbahn- Brücke bei Ladenburg, von da den Neckar aufwärts bis Mosbach, alsdann über Adelsheim, Osterburken, Tauberbischofsheim; die andere durch Anschluß an unsere Bahn bei Wiesloch über Einsheim, Neckarbischofsheim, Mos- bach u. s. w. Welche von diesen Bahnlinien zu wählen wäre, das hängt hauptsächlich vom Kostenpunkte ab, der hierbei vorzugsweise in Betracht kommen kann. Ich bin gegenwärtig schon der Ansicht, daß die Linie über Wiesloch sich ungleich billiger erstellen wird, weil hier weniger Terrainschwierigkeiten zu überwinden, weniger Geld für den Ankauf des Bo- dens auszugeben ist. Meine Mitbürger, welche sich für den Gegenstand in- teressiren und im Stande sind, zu dessen weiterer Würdigung beizutragen, for- dere ich auf, dieses durch die öffentlichen Blätter zu thun. Ich zweifle gar nicht daran, daß die Nothwendigkeit einer odenwälder Eisenbahnlinie bald allgemein anerkannt und die Ausführung dann nicht unterbleiben wird.

Frankfurt a. M., 27. Jan. (Korresp.) Es gab noch Einige, aber Wenige, welche trotz aller empfindlichen Erfahrungen und unzweideutigen Thatsachen nicht ganz die Hoffnung aufgeben mochten, daß es dem Hrn. Hen- derson, dem Abgeordneten der londoner, pariser, amsterdamer und noch anderer Komites von Inhabern spanischer Schuldeffekten, gelingen werde, wenigstens Etwas mehr, als bloße Bertröstungen bei dem madrider Finanzministerium

auszuwirken. Allein auch diese Wenigen fangen nachgerade in ihrem Glauben auf die spanische Loyalität und Treue wankend zu werden an. Wie die neue- sten Privatmittheilungen aus Madrid berichten, hat nun selbst dem Hrn. Hen- derson die Geduld zu reifen angefangen. Schon seit Monaten antichambritt er bei Hrn. Mon, hat es aber nicht dahin bringen können, daß er zu einer zweiten Audienz bei demselben zugelassen worden wäre. Hr. Henderson war nach dem ersten so schmeichelhaften Empfange, der ihm nach seiner Ankunft in Madrid bei dem Finanzminister zu Theil wurde, an Hrn. Pareja, einen Sek- tionschef im Departement des Hrn. Mon, gewiesen worden. Es war dies aber nur ein Ausweg, den Agenten der lästigen Gläubiger hinzuziehen. Hr. Pareja hatte und erhielt keine Ermächtigung, mit Hrn. Henderson in Unter- handlungen zum Besuche irgend eines Arrangements einzutreten. Hr. Hen- derson hat nunmehr an sämtliche in Madrid accreditirte Botschafter und Ge- sandte ein schriftliches Gesuch dafür gerichtet, daß sie dahin wirken möchten, daß Hr. Mon einem Beamten seines Departements eine Ermächtigung zu vor- bereitenden Besprechungen über die Bewerkstelligung eines Arrangements mit den ungerechter Weise vernachlässigten Gläubigern des spanischen Schages er- theile. Man hält indeß in Madrid dafür, daß auch dieser Schritt des finan- ziellen Abgeordneten keinen oder doch nicht einen erheblichen Erfolg haben werde. Von Hrn. Mon ist, darin stimmen alle Mittheilungen überein, nichts zu erwarten. Nur energische Schritte könnten ihn dazu bewegen, den Rekla- mationen der Gläubiger einiges Gehör zu schenken. Welches sind aber diese Schritte, und wer wird sie thun wollen? — In Mainz hat man in diesem Jahre auf die Karnevalsfeier Verzicht geleistet. Doch will man einen Theil der Summe, welche die Begehung dieses Festes gekostet haben würde, den Armen zuwenden. Eine zu diesem Zwecke unter den Karnevalsfreunden in Umlauf gesehte Subskriptionsliste hat, wie aus Mainz geschrieben wird, einen Betrag von 3000 fl. ergeben. — Die H. H. Blanc in Homburg haben im Interesse der Spielbank-Aktiengesellschaft, welche sie zu gründen im Begriffe stehen, neuerdings Versuche gemacht, eine Verwirklichung des Projektes einer Eisenbahnverbindung zwischen Frankfurt und der Residenzstadt der Landgraf- schaft herbeizuführen. Doch auch diese Versuche sind wieder gescheitert. Auch soll es den H. H. Blanc bis jetzt noch nicht gelungen seyn, ihren Anerbietungen von Spielbankaktien hier Eingang zu verschaffen, und sie wollen sich nun, wie es heißt, in Paris und Brüssel nach Abzugsquellen für diese Papiere umsehen. Freilich kommt es ihnen dabei nicht zu Statten, daß die Erneuerung des Spielbank-Pachtvertrages von dem jetzt regierenden Landgrafen Gustav nur unter lästigen Bedingungen und auf eine kurze Reihe von Jahren zugestanden worden ist. — Seit vorgestern haben wir wieder vollständiges Thauwetter. In diesem Augenblicke, Nachmittags 4 Uhr, ist die Eiskrinde des Rheins ge- brochen und in vollem Treiben. — Unser Fondsmarkt war heute allgemein, bei nicht unbedeutendem Geschäft, matt gestimmt, vornehmlich in Folge der merklich niedrigeren Notirungen aus London und Amsterdam.

Berlin, 21. Januar. (B. Z.) Es ist nicht länger mehr daran zu zweifeln, daß die bisherige provinzialständische Verfassung Preußens eine Ver- vollkommnung durch Vereinigung der acht provinzialständischen Versammlun- gen in Berlin erhalten wird, die unter dem Namen „Generalstände“ von zwei zu zwei Jahren stattfinden sollen. Der König soll das Berufungsdekret am 2. d. M. unterzeichnet haben; so werden wir denn im April die General- stände, bestehend aus 568 Abgeordneten, zum ersten Mal sich hier versam- meln sehen, und Niemand wird zweifeln, daß Preußen damit einen ungemein wichtigen Schritt thut.

Berlin, 22. Januar. (R. Z.) Die kaum begonnenen Vorlesungen des Hrn. Prug über die deutsche Literatur der Gegenwart haben durch einen Be- fehl des hiesigen Polizeipräsidenten unterbrochen werden müssen, und Hr. Prug konnte schon seine auf heute bestimmte zweite Vorlesung weder anfangen noch halten. Da nach einer vor zwei Jahren neu erlassenen Ministerialver- ordnung über die Zulässigkeit öffentlicher Vorlesungen Jeder, der solche für ein gemischtes Publikum unternommen, vorher sein vollständiges Heft der hiesigen Polizei zur Jenzur vorgelegt haben muß (von welcher Verpflichtung nur die Lehrer der Universität ausgenommen sind, die ihrerseits aber auch jetzt die Genehmigung zu solchen Vorlesungen für das größere Publikum von dem Regierungsbevollmäch- tigten der Universität einzuholen haben): so kann man in Hinsicht des Hrn. Prug, der in die erstere Kategorie fällt, nicht anders als annehmen, daß derselbe seinen ersten Vortrag nur aus einem bereits von der Polizeizensur gestat- teten Manuskript habe halten können. Das nachträgliche polizeiliche Ein- schreiben gegen seine Vorlesungen muß daher um so mehr auffallen, wenn es nicht etwa der anderen Vermuthung Raum gibt, daß der Vorleser doch in der Stunde selbst neue Stellen hinzugefügt habe.

Breslau, 20. Januar. (M. Z.) Die Exekution, welche das hiesige Oberlandesgericht verfügt hatte, um von dem fürstbischöflichen Vicariatamt die nöthigen Aktenstücke behufs der Inspizierung zu erhalten, ist in den letzten fünf Tagen vollzogen worden, ohne daß von der bischöflichen Behörde irgend eine weitere Einsprache erhoben wurde; wahrscheinlich wird aber der Herr Fürstbischof diesen Kompetenzstreit zu weiterer Entscheidung bringen, da sich nach seiner jetzigen lebhaften Opposition gegen die Anforderung des Ober- landesgerichts schließen läßt, er werde es dabei nicht bewenden lassen. Wenn das so fortgeht, wird sich die hiesige katholische Dissidentengemeinde auflösen müssen. Kaum ist der ärgerliche Streit und die Losfagung Theiners einiger- maßen verschollen, so greift schon wieder ein Mitglied des Aeltestenkollegiums, der Professor Regenbrecht, (indem er aus diesem Kollegium scheidet), den Vor- stand der Dissidentengemeinde auf's Heftigste an. Zur Wiedervergeltung wird nun die Gemeinde in einem offenen Sendschreiben an alle Dissidentengemein- den den Ausschreibenden kritisch beleuchten und den Herrn Professor auffordern, seine Anklagen durch Anführung von Thatsachen zu erhärten. Wie wenig solch' gegenseitiges Anklagen und Kritistren, welches gerade von den Häuptern und Musterbildern der Gemeinde ausgeht, dazu beitragen kann, die Achtung

und das Vertrauen der Gemeindeglieder zu dem Vorstand, und noch weniger das der andern Konfessionen zu der Sache der Dissidenten zu steigern, kann Jeder von selbst einsehen. — Der heute hier eingetroffene „Westphälische Merkur“ bringt in einem langen Artikel eine Widerlegung der Nachricht, daß sich der frühere Generallandschaftsdirektor, Fürst Hazfeldt, von Neuem, und zwar mit der Tochter des Herrn von Nimptsch, jetzigen geschiedenen Frau von Buch, zu vermählen gedenke. Die Nachricht ist vollkommen gegründet, da die Verlobungskarten zu Hunderten in unserer Stadt kursiren; nichtdestoweniger macht dieses Faktum große Sensation. Fürst Hazfeldt hatte in erster Ehe ebenfalls eine geschiedene Frau, mit der er sich natürlich erst nach päpstlicher Dispensation verbinden konnte; nun hat er sich von derselben wieder scheiden lassen und ist im Begriff, eine ebenfalls geschiedene zu heirathen. Obgleich es bekannt ist, daß Fürst Hazfeldt an der Spitze der Römisch-katholischen steht, auch erst neuerdings den größten päpstlichen Orden erhalten hat, so zweifelt man doch, daß er von Seite des päpstlichen Stuhls eine zweite Dispensation erhalten wird. Einige behaupten, jedoch gewiß höchst irrhümlicher Weise, der Fürst würde sich im letztern Fall in einer evangelischen Kirche trauen lassen.

Wien, 23. Januar, Abends. Die „Schles. Ztg.“ schreibt: So eben erhalten wir auf Privatwegen die Nachricht aus Krakau, daß in Folge des vorgestern dajelbst publizirten Dekrets behufs der Einverleibung jener Stadt in die österreichische Zolllinie, die dortige Kaufmannschaft beschlossen habe, eine Deputation nach Wien abzuschicken, welche darum bitten solle, daß die Zoll-erhebung an der preussischen und russischen Gränze auf längere Zeit nach dem 29. Januar aufgeschoben werde. Als Grund soll die Deputation angeben, daß durch diesen Akt die meisten Handlungshäuser Krakau's dem Ruine preisgegeben und, wie es heißt, höchstens 5 Prozent an ihre ausländischen Gläubiger zu zahlen im Stande seyn werden. Die Deputation soll schon gestern nach ihrem Bestimmungsorte abgegangen seyn.

Krakau, 18. Januar. (Wes. Ztg.) Krakau und sein Gebiet wird in den österreichischen Zollverband einbezogen! Unter dieser Ueberschrift ist unter'm heutigen Datum eine amtliche Kundmachung des k. k. Hofkommissärs, Grafen Deym, in deutscher und polnischer Sprache erschienen; dieselbe beginnt wie folgt: „Das Krakauer Gebiet wird am 29. Jan. 1847 in das k. k. Zollgebiet einbezogen, dergestalt, daß die Staatsgränze gegen das Königreich Preußen und das Königreich Polen auch die Zolllinie bildet;“ in 12 Paragraphen folgen sodann die näheren Bestimmungen, und darunter einige „in Berücksichtigung der bisherigen Handelsverhältnisse“ eintretende Begünstigungen, die sich namentlich auf die Durcharf beziehen.

Wien, 21. Januar. (N. Kur.) Das Anlehen der Regierung mit den Häusern Rothschild und Sina u. s. w. ist jetzt fest beschlossen. Es wird zu 5 Prozent abgeschlossen werden und den Betrag von 40 Millionen nicht überschreiten.

Frankreich.

Paris, 25. Januar. (Korresp.) Der erste Theil der „Geschichte der französischen Revolution“ von Louis Blanc ist gestern ausgegeben worden, der erste Theil von Michelet's „Geschichte der französischen Revolution“ erscheint am 31. d. M. — Es fällt auf, daß die diplomatische Revue: „le Portefeuille“, der man, ob mit Recht oder mit Unrecht, höhere Verbindungen zuschreibt, in ihrer gestrigen Nummer einen Artikel bringt, in dem sie andeutet: „Herr Guizot sey das Hinderniß der Erhaltung des Friedens“ und man erwarte von seinem Patriotismus und seinem Ehrgefühl, daß er, dies einsehend, freiwillig zurücktreten und Anderen Platz machen werde, die geeigneter seyen, die gegenwärtigen Differenzen mit England und den nordischen Großmächten befriedigend zu lösen. Dieser Artikel und die gleichzeitig gestern hier angekommene Nummer des „Korrespondenten von und für Deutschland“ vom 21. Januar, worin gegen die französische Thronrede und den König Ludwig Philipp eine sehr feindselige Sprache geführt und von Kriegsrüstungen in Preußen gesprochen wird, geben heute sämmtlichen Oppositionsblättern Stoff zu langen leitenden Artikeln, in denen allen der fragliche Artikel: „Von der Spree“ des „Nürn. Korresp.“ als ein Ausfluß des österreichischen Kabinetts und als eine Drohung der drei Nordmächte gegen Frankreich betrachtet wird. — Der „Esprit public“ kündigt an, daß ein Familienrath in den Tuilerien gehalten werden wird, um die minderjährige, aber durch die Heirath emanzipirte Herzogin von Montpensier zu ermächtigen, die ihr angehörigen liegenden Güter in Spanien zu veräußern. — Die „Emancipation“ von Toulouse zeigt an, daß die Gendarmen des ganzen Departements in Bewegung seyn und Streifungen vornehme, weil der Polizei die verlässliche Nachricht zugekommen war, daß Cabrera, den man längst in Spanien glaubte, am 18. d. M. in einem Schlosse bei Toulouse beherbergt worden sey. — Die legitimi-stische „France“, die schon einmal den Text der französischen Protestation gegen die Einverleibung Krakau's in die österreichische Monarchie vier Wochen vor der offiziellen Veröffentlichung, und, wie es sich nachher zeigte, ziemlich richtig gegeben hat, kommt heute wieder dem Kabinete zuvor, und gibt die letzte Note Lord Palmerston's an den Marquis von Normanby vom 8. d. M. Diese Note, deren Eintreffen hier von den Regierungsblättern selbst gemeldet wurde, füllt mit kleiner Schrift fünf ganze Spalten der „France“, und wir geben hiermit den Inhalt derselben. Lord Palmerston beginnt damit, daß er sagt, die letzte Note des Herrn Guizot vom 29. November habe kein einziges Argument des englischen Kabinetts widerlegt, sondern gebe vielmehr Anlaß zu neuen kontradiktorischen Bemerkungen. Der edle Lord setzt nun auseinander, warum das englische Kabinet sich auf die Konvention von Cu berufen, und doch das französische Memorandum vom 27. Februar 1846 nicht anerkennen könne. Das jetzige englische Kabinet weise das Memorandum zurück, weil es 1) sich Rechte und Präventionen anmaße, zu denen England nie seine Zustimmung geben könne, und weil es 2), selbst wenn es solche Anmaßungen nicht enthalte, doch erst nach der Erklärung der spanischen Heirath dem jetzigen englischen Kabinete mitgetheilt worden sey, das in den Archiven des Foreign-Office keine Spur davon gefunden habe. Hätte die französische Regierung die Absicht gehabt, dieses Memorandum als Rechtfertigung seiner Handlungsweise aufzustellen, so hätte sie dieses Dokument der englischen Regierung vor der Erfüllung der Thatsachen mittheilen müssen, was sie nicht thun konnte, da diese Mittheilung unsehlbar zu einer Diskussion über die Heirath Montpensier geführt hätte, mit der die französische Regierung gerne im Hinterhalte bleiben wollte. Lord Palmerston weist nun nach, daß die im Memorandum aufgestellte Eventualität, welche die Verbindung der Infantin mit dem Herzoge von Montpensier rechtfertigen sollte, gar nicht eingetreten ist, da, als Graf Bresson die französische Werbung stellte, schon die Heirath der Königin mit einem Abkömmling Philipps V. entschieden war. Die Konvention von Cu wird berge-

stalt charakterisirt, daß die französische Regierung sich verpflichtete, eine Heirath des Herzogs von Montpensier mit der Infantin nur dann vollziehen zu lassen, wenn die Königin Isabella bereits verheirathet sey und die Geburt von Ferdinand die direkte Thronfolge gesichert habe. Daß dagegen England in die Annahme des französischen Prinzips, die Königin könne nur einen Abkömmling Philipps V. heirathen, gewilligt habe, wird entschieden in Abrede gestellt. Nach einer ziemlich spitzfindigen Argumentation über die Gleichheit der Ansichten und der Handlungsweise des Whig- und des Tory-Kabinetts, kommt Lord Palmerston auf die ihm vorgeworfene Fälschung und erklärt sie mit einem bloßen Versehen der Anführungszeichen, welches Versehen Lord Normanby auf der Originaldepesche corrigiren und Gleiches bei der Abschrift in Herrn Guizot's Händen vornehmen wolle. Es folgt nun eine lange historische und diplomatische Auseinandersetzung der Gründe, welche die englische Regierung berechtigen, zur Aufrechthaltung des Sinnes und des Wortlautes des utrechter Vertrags die Entfugung des Herzogs und der Herzogin von Montpensier auf ihre spanischen Thronfolgerechte zu fordern. Schließlich vertheidigt sich der britische Staatssekretär gegen den ihm von Herrn Guizot gemachten Vorwurf, den Namen des Königs in die Diskussion gezogen, und ihn zu verletzenden Bemerkungen gegen dessen unverlegliche Person benützt zu haben, und sagt: Herr Guizot sey es gewesen, der zuerst, und zwar in seiner Depesche vom 5. Oktober, so oft es seine Argumentation erforderte, den Namen des Königs voranstellte, welches Lord Palmerston mit drei Zitationen aus der besagten Note beweist. Die letzte Phrase der Note Lord Palmerston's lautet: „Ich glaube, indem ich diese Zitationen anführe, mich eines Ausdrucks des Herrn Guizot bedienen und in Bezug auf die Vorwürfe, die er mir am Schlusse seiner Depesche macht, sagen zu können: „Es steckt ein Mangel an Gedächtniß oder an Aufrichtigkeit dahinter.“

Paris, 25. Jan. (Korresp.) Die politische Windstille, die zwischen Frankreich und England einzutreten und eine friedliche Beilegung der vielbeprochenen Differenz anzukündigen schien, wird durch neue Windstöße gestört, und Palmerston's Organ, das „Morning-Chronicle“, hat uns gestern einen tüchtigen Orkan über den Kanal zugeblasen, indem es den Schluß von Herrn Guizot's Rede in der Pairskammer auf die leidenschaftlichste und feindseligste Weise kommentirte und den französischen Minister, die Regierung und die Nation auf das Bitterste angriff. Das „Journal des Debats“ bleibt natürlich heute nicht zurück, es weist das „Morning-Chronicle“ und seinen Patron derb zurecht, und bezeichnet Palmerston's Art und Weise mit den bezeichnenden Ausdrücken: „les passions haineuses de Lord Palmerston“ und „l'arrogance et l'humeur intractable d'un de ses ministres.“ Das Toryministerium Aberdeen-Peel wird dagegen gebührend hervorgehoben, der Wunsch, die englische Allianz auf ehrenvollem und gleich billigem Fuße zu erhalten abermals wiederholt, und schließlich dem „Morning-Chronicle“ Mangel an Logik und abschätzlicher Entstellung aller Thatsachen vorgeworfen. Bedeutende Zeitungsartikel in den Spalten halbamtlicher Organe noch etwas, so dürfte man mit ziemlicher Gewißheit aus dieser Polemik darauf schließen, daß Palmerston persönlich den Kürzern zieht, und dem in beiden Ländern herrschenden Wunsche, die entente cordiale zu erhalten, als Opfer fallen wird.

— Die Nachrichten aus den Departementen fahren fort beruhigender zu lauten. Das „Debat“ widerspricht der vom „Journal du Havre“ gegebenen Nachricht, als seyen zu Caen Getreideunruhen ausgebrochen, bei denen der Maire getödtet und sein Adjunkt schwer verwundet worden sey. Gestern angekommene direkte Briefe aus Caen meldeten von diesen Ereignissen nichts, jedoch seyen auf das bloße Gerücht hin vier Kompanien des 18ten Linien-Infanterieregiments von Havre auf Dampfschiffen dahin abgeordnet worden. Havre war ruhig, am 22. waren dajelbst auf acht nordamerikanischen Schiffen 35,000 Fässer Mehl und 10,000 Hektoliter Weizen eingelaufen, und eine dreimal so starke Zufuhr war, als vor Ende dieses Monats eintreffend, avisiert. — In Rouen ist die Ruhe nicht wieder gestört worden, auch aus dem Indredepartement sind keine bemerkenswerthen Nachrichten eingelaufen. — Die „Presse“ meldet heute, daß Lord Palmerston noch immer an seinen Plänen von 1840 wegen Egyptens arbeite, nur handle es sich jetzt nicht mehr darum, sich Egyptens zu bemächtigen, sondern es zu kaufen. Englische Agenten betreiben diese Negoziation in Alexandrien und Konstantinopel, so daß bei Mehemed Ali's Tode England als sein Erbe auftreten würde. „Und was wird das isolirte Frankreich dann thun?“ fragt die „Presse“. Die Antwort, die sie in petto hat, lautet: „Eine Allianz mit Rußland schließen.“ — Man schreibt aus Chateauroux vom 23. Abends: „Die vollkommenste Ruhe hat auf dem heutigen Markte geherrscht. Die Behörden hatten imponirende Militärkräfte entwickelt, die Nationalgarde hatte ein starkes Pöbel auf dem Markte, und so wagten die Unruhestifter keinen Versuch. Es war sehr viel Getreide vorhanden, aber doch genügte es kaum dem zahlreichen Begehren, um 3 1/2 Uhr Nachmittags waren bereits alle Vorräthe verkauft. Trotz dieses Andringens fiel der Preis um 1 Fr. pr. 20 Litres, so daß man den doppelten Defaliter, der vor einigen Tagen noch 6 1/2 Fr. kostete, um 5 Fr. und 5 1/2 Fr. kaufte. Starke Truppenabtheilungen sind gestern und vorgestern nach den fünf Hauptmärkten des Departements, die Alle heute abgehalten werden, abgegangen, und ihre Gegenwart dürfte überall die Ruhe erhalten. — In allen Gemeinden versammeln sich die Municipalitäten und suchen durch geeignete Maßregeln, als Errichtung von Arbeitswerkstätten, Suppenanstalten, Subskriptionen zu Getreideeinkäufen für die Armen, die Lage der ärmeren Klassen zu erleichtern. — Die Nachrichten aus der Bretagne melden noch immer von Hindernissen, die die fanatisch aufgeregte Bevölkerung der freien Zirkulation des Getreides entgegensetzt, und die die Absendung von Militärabtheilungen bald nach diesem, bald nach jenem Orte nothwendig machen. — Die „Reforme“ will wissen, daß sich auch bereits in der Umgebung von Paris unter der Bevölkerung ein Geist der Erbitterung und der Exaltation zeige, der die größten Befürchtungen wecke. Namentlich befürchteten die Getreidehändler und Spekulant eine Unterbrechung der freien Zirkulation des Getreides und der Lebensmittel; träte dieser Fall wirklich ein, so würden augenblicklich alle Zufuhren verstoppt und Paris im strengsten Sinne des Wortes dem Schrecken einer Hungersnoth Preis gegeben seyn.“

Sitzung der Pairskammer vom 25. Januar. Der Minister des Innern legt den Gesetzesvorschlag wegen Begünstigung der freien Getreideeinfuhr und über die Reform des Gefängnißwesens vor. Auf den Vorschlag des Kanzlers Pasquier wird sogleich die Kommission zur Prüfung dieser Gesetze ernannt. Marquis v. Boissy wollte durchaus das Wort nehmen, aber der Kanzler Pasquier erklärte, daß die Kammer sich in ihre Abtheilungen zurückziehe, und die Pairs ließen Hrn. v. Boissy allein. Um 3 Uhr ward die öffentliche Sitzung wieder aufgenommen, die Namen der Kommission vorgelassen und die Sitzung dann aufgehoben.

Großbritannien.

London, 22. Jan. Nachdem das Unterhaus gestern in ein Komitee übergegangen, nahm Lord John Russell das Wort und entwickelte kurz und bündig die Gründe, welche ihn bestimmten, die Getreide- und Schiffahrtsgesetze aufzuheben; diese seien im Wesentlichen folgende: als die letzte Ernte vorüber war, da lauteten die Berichte, daß der Ertrag weit unter dem Durchschnitts-Ertrag bleiben würde, während Roggen und Hafer in gewissen Theilen des Landes einen beträchtlichen Ausfall gezeigt hätten. Was sich aber am schlimmsten bewährte, war das Mißrathen der Kartoffeln, was in Schottland am ärgsten gewesen, indem es hieß, daß dort drei Viertel der ganzen Ernte zu Grunde gegangen. Gewiß mußte dies auf den Preis der Lebensmittel traurigen Einfluß üben, trotz der ungeheueren Einfuhren von Getreide und Mehl, die im vorigen Jahre sich auf 4,800,000 Quarter beliefen, denn dieselben wurden nicht gleich dem Konsum übergeben — nur wirkte diese starke Einfuhr dazu günstig, daß die Preise nicht gleich in die Höhe schneitten, denn während im Oktober und November die Preise sich noch ziemlich niedrig hielten, stiegen sie seitdem progressiv zu bedeutender Höhe, — Weizen, der im August um 47 Sh. stand, stand Mitte dieses Monats 70 Sh. Das große Glend in Irland und Schottland entstand aber vornehmlich durch den Kartoffelmißwachs, der indessen einen Verlust von 12 Millionen Pfd. Sterl. zu Wege gebracht, und so müssen mindestens für 4 bis 5 Mill. Pfd. Nahrungsmittel aller Art beschafft werden, um den Mangel zu ersetzen, und dabei müsse man bedenken, daß man selbige nur aus einigen Gegenden beziehen könne, da in Frankreich, Deutschland und einem großen Theile des westlichen Europa's selbst eine Mißernte gewesen, und von mehreren Staaten auch die Ausfuhr verboten wurde. Von Odessa und Amerika könne England seine Bedürfnisse zum größten Theile zu beziehen hoffen. Von Odessa sind schon nach Frankreich 500,000 Quarter Getreide wegen der dortigen Erleichterungen der Einfuhr verschifft worden. Die Ernte in Amerika war die eines guten Mitteljahres; der Weizen gab reichlichen Ertrag, der Mais war ergeblicher als in irgend einem Jahre zuvor. Indessen könnten viele aus Amerika kommende Schiffe mit Getreide nicht in England anlegen, weil sie eine fremde Flagge trügen. Bei solcher Lage müsse es aber Noth thun, jede Beschränkung der Getreideinfuhr fallen zu lassen. Durch das Fortbestehen des Getreidezolls stehe England Frankreich gegenüber sehr im Nachtheile; man sende das Getreide lieber nach den französischen Häfen, wo man selbst keinen Zoll von 4 Sh. zu zahlen habe, die der Seepulant nicht verlieren wolle, und so sey jedenfalls die freie Einfuhr des Getreides ein Mittel, die natürliche Zufuhr des Getreides aus der Fremde nicht zu hemmen. Aus dem Grunde schlage nun das Gouvernement vor, den noch bestehenden Getreidezoll bis zum 1. September aufzuheben. Später stehe es dem Parlament anheim, diese Aufhebung zu verlängern, oder zu dem jetzigen Gesetze zurückzuführen. — Gleichen Vorschlag mache er Betreffs der Schiffahrtsgesetze. Keine Partei werde sich wohl hiewider erklären. (Hört.) Denn zu einer Zeit, wo das Gouvernement für Schutzzölle gewesen, habe man die Getreidegesetze aufgehoben, wie in den Jahren 1756, 1766, 1790, 1791 und 1800; die Gegner jeder Beschränkung würden aber gewiß schon für die vorgeschlagene Aufhebung sich aussprechen. — Hr. Banks unterstützte den Antrag, und glaubt nicht, daß Jemand sich dawider aussprechen könne. Er tadelt aber das Gouvernement, daß es nicht schon längst die bestehenden Schiffahrtsgesetze aufgehoben habe, die größere Einfuhr verhindert hätten. Sehr günstige Resultate von der Suspension des heutigen Zolles seyen kaum zu erwarten; indessen, wären deren zu erwarten, so müsse das Volk sie benutzen. Uebrigens bemerke er, daß die englischen Ackerbau-Interessen nie dem letzten Gouvernement sich entgegenstellten, handelte es sich darum, Irland zu versorgen, und so würden sie jetzt eben so handeln. — Sir H. B. Baron spricht sich auch dringend für diese Anträge aus. — Herr Grolburn meint, die Maßregel wäre wirksamer, wäre sie früher gefaßt worden; denn jetzt seyen sicher große Massen Getreide nach dem Auslande gegangen, die man sonst für England hätte haben können. Von gleicher Dringlichkeit sey auch die Suspendirung der Schiffahrtsgesetze. Er hoffe, daß man in Irland in diesen Maßregeln einen Beweis der Sympathie Englands finde. — Der Schatzkanzler ergreift sodann das Wort, um die Gründe zu erklären, warum das Gouvernement nicht früher die Schiffahrtsgesetze suspendirt habe. Verschieden Oktober sey nämlich das Gouvernement davon benachrichtigt worden, daß in Nordamerika eine Menge englischer Schiffe mit Getreideladen für England beschäftigt lägen; man berichtete, gegen 70 englische Schiffe lägen zu Newyork und Neworleans bereit, mit Getreide nach England abzugehen. Diese Nachrichten seyen aber übertrieben gewesen, denn ohgleich beträchtliche Getreideinfuhren stattfanden, so hätten sie nicht die Erwartungen erreicht. Jetzt habe das Gouvernement seine Aufmerksamkeit auf Odessa und Galacz gerichtet, und sobald die Häfen dort offen, würden die dortigen Schiffe rascher Getreide einladen können, als die man von hier aus dort hinsenden würde; daher schlage er die Suspendirung der Schiffahrtsgesetze vor. Indem man noch keinen Mais der amerikanischen Ernte von 1846 empfangen, so habe man Aussicht, in Folge dieser Maßregel rasche Zufuhren desselben zu erhalten. Um Irland Getreide zu verschaffen, habe das Gouvernement in England Getreide kaufen und es nach der irischen Westküste schicken lassen; indessen habe es seine Käufe so beschränkt, daß sie kein Steigen der Preise hätten herbeiführen können, die den armen Landesklassen sehr nachtheilig hätten werden müssen. Mais, Roggen, Reis und andere Getreidearten seyen in den Depots der irischen Westküste aufgespeichert worden. Seit Aufhebung der alten Getreidegesetze seyen in Irland gegen 3,700,000 Quarter eingeführt worden, die hinreichten, acht und eine halbe Million Menschen vier Monate lang zu ernähren; dies sey durch Privatunternehmung geschehen, was dem Gouvernement nicht möglich gewesen wäre. Während aus Irland weit weniger Getreide als in früheren Jahren nach England geführt worden, sey von England nach Irland stark ausgeführt worden. Das Gouvernement habe ferner selbst viel Getreide vermahlen lassen und Mehl-Niederlagen im Westen Irlands angelegt. Indessen müsse das Gouvernement nur mit Vorsicht diese Vorräthe dem Verbrauch öffnen, denn sobald das Gouvernement hier aufträte, werde die Privatwohlthätigkeit schlaffer und das Uebel könne dann mehr ershwert als gemildert werden. Schließlich geht er in die Einzelheiten der Unterstützungen ein, welche das Gouvernement Kranken und Alten habe geben lassen; trotz aller Freigebigkeit des Government's müsse aber das irische Volk selbst mit Hand anlegen, denn ohne dies würde alles Wirken des Government's unzureichend bleiben. — Herr Sumner hätte gewünscht, daß diese Mittheilungen früher gegeben worden, dann wäre viel Gerede erspart worden. Er hätte persönlich gewünscht, daß die Schiffahrtsgesetze für immer abgethan seyen. Man würde nicht lange mehr Kanada be-

halten, sollte man nicht dafür, daß seine Produkte leicht eingebracht würden. — Auf die Frage des Herrn Bright, ob die Schiffahrtsgesetze auch auf Schiffe Anwendung finden sollen, die noch eine andere Ladung als Getreide führten, bezog sich Lord J. Russell auf den Vorgang von 1817, wonach in fremden Schiffen eingeführtes Getreide nur einem gewissen Zoll unterworfen bleiben sollte. — Hr. Roebuck möchte die Schiffahrtsgesetze ganz aufgehoben haben. — Hr. T. Varing gibt zu verstehen, daß die völlige Aufhebung der Schiffahrtsgesetze auf großen Widerspruch stoßen würde. — Herr Bright hält dies für durchaus unwahrscheinlich; auch in Bezug auf die Folgen der Getreidegesetzeaufhebung habe sich Herr Varing sehr geirrt, wogegen Lord Bentinck dann Herrn Bright und die Freihändler wegen ihrer Verheißungen angreift, die sich durchaus nicht bestätigten, denn das Brod sey nun übertheuer und die Manufakturen ruhten. Gelte es bloß der Einfuhr von Getreide, so wolle auch er die Schiffahrtsgesetze suspendirt sehen, nicht aber, wenn dieselben ganz aufgehoben werden sollten. Uebrigens sey er überzeugt, daß der Vortheil der freien Getreideinfuhr jetzt den Detailgetreidehändlern in die Tasche fließen würde, während der Schatz 800,000 Pfund weniger einnehmen würde. Das Gouvernement sey tadelnswerth, daß es Getreide aus Irland habe ausführen lassen — wäre alles Getreide dort geblieben, so brauchte man kein fremdes. — Hr. Browne nimmt die Getreidehändler gegen mehre Angriffe in Schutz. — Sir C. Napier hält die Schiffahrtsgesetze für einen Fluch statt Segen für die Schiffahrtsinteressen. — Hr. Roebuck findet in Lord Bentinck's Worten den Beweis, wie wenig er von der Landesregierung verstehe. — Hr. D'Israeli hält die beiden Maßregeln für so billigenwerth, daß er die Diskussion so kurz als möglich gewünscht hätte, und läßt seine witzigen Reden gegen Hr. Roebuck wegen seiner Ausfälle auf Lord Bentinck los. Die Motion wurde darauf angenommen und gleich der Bericht vorgebracht, und die Bill darüber eingebracht. Ueber die Schiffahrtsgesetze ging man dann auch in das Komitee über, wo nach einer kurzen Diskussion auch der Antrag genehmigt und gleich darauf die Bill eingebracht wurde, wonach die Vertagung erfolgte. — Die Sitzung des Oberhauses bot gestern kein Interesse dar. Marquis Lansdowne zeigt an, daß er Montag Irlands Lage zur Sprache bringen werde. — Auf eine Frage Lord Broughams, ob es wahr sey, daß die Vereinigten Staaten Mexiko eine große Summe für die Abtretung Kaliforniens gezahlt, erwiderte der Marquis, daß ein solches Anerbieten gemacht worden, daß er aber nicht wisse, ob es angenommen worden. — In der heutigen Sitzung des Unterhauses wurde die Bill über die Einfuhr des Getreides und der Suspension der Schiffahrtsgesetze bereits angenommen, worauf das Haus gleich in ein Komitee über die Zuckerfrage überging. — Die Erhöhung des Diskont's hat heute auf die Börse schlecht eingewirkt; man will kein lang laufendes Papier nehmen, da man noch eine weitere Erhöhung der Diskont's befürchtet; dazu wirkt, daß das Gouvernement eine Anleihe machen oder Schatzkammerbillete ausgeben muß, was auch schwer seyn wird, da die Bank wenig davon nehmen kann. Die Fonds fielen heute wieder in denselben Folge. — Die pariser und madrider Briefe der „Times“ sprechen davon, daß das spanische Ministerium im Begriff stehe zu fallen; auch schreibt man, daß der französische Einfluß zu Madrid am Schwinden sey, so müde sey man Breffons. Ein Aufstand der Karlisten sey nächstens zu erwarten. — Der König von Hannover hat 1000 Pfd. für die irischen Armen subskribirt; er ist bekanntlich Kanzler der Universität Dublin.

** Straßburg, im Jan. (Nekrolog.) Unter die Zahl der Männer, die zur Zeit der großen franz. Staatsumwälzung, durch die Macht der Umstände ihrem früheren bescheidenen Wirkungskreis entrißen, auf den Schauplatz des öffentlichen Lebens geführt wurden, und mit Talent und Geschicklichkeit ihren erhöhten Standpunkt zu behaupten wußten, gehört auch der am 2. Jan. d. J. in dem Städtchen Barr, im unteren Elsaß, verstorbene Ludwig Friedrich Schwebel, in dessen Lebensgange sich der Wechsel der politischen Umstände in Frankreich nach seinen verschiedenen Phasen getreu abspiegelt. Er wurde 1773 zu Ludweiler in dem ehemaligen Fürstenthum Saarbrücken geboren, wo sein Vater reformirter Pfarrer war. Seine Bildung und gelehrten Unterricht erhielt er zuerst in Heidelberg, wo sein Oheim, Johann Friedrich Meig, als Kirchenrath und Prediger stand, auf dem Gymnasium und später auf der Universität. Auf der hohen Schule von Halle, wo er die Jahre 1790 bis 1792 zubrachte, studirte er dann Theologie, und wurde hierauf in Heidelberg unter die Kandidaten des Predigtamts aufgenommen. Kaum war er zu seinem Vater zurückgekehrt, der bereits seit mehren Jahren die erste Pfarrstelle in Bischweiler bei Hagenau bekleidete, als der Sturm der Ereignisse auch den jungen Schwebel ergriff, und ihn aus seiner Laufbahn herauszog. Ein allgemeines Aufgebot erfolgte 1793, und er wurde mit anderen wehrfähigen Männern zur Vertheidigung der weißburger Linien beordert, die aber am 10. Oktober von der österreichischen Armee durchbrochen wurden. Nach dem Rückzuge dieses Heeres, der im Januar 1794 erfolgte, wurde Schwebel bei einer Distriktsverwaltung angeestellt, die er aber bald verließ, um an dem hartnäckigen Kampfe Theil zu nehmen, der in der Bende zwischen den Royalisten und den Republikanern stattfand. Unerwartet wurde er von dem Bezirk von Hagenau als Jüngling der in Paris damals gegründeten höheren Normalschule vorgeschlagen; auch verließ er den Schauplatz des Krieges im Frühjahr 1795, um sich auf's Neue dem Dienste der Musen zu weihen; allein die Existenz dieser Anstalt war nur von kurzer Dauer, und einige Monate später nahm Schwebel die Pfarrei von Jagenheim, im unteren Elsaß, an. In dieser neuen Stellung blieb er nicht lange: die damals noch wenig geordneten kirchlichen Verhältnisse des Landes, nebst der durch mehrere in Unruhe verlebten Jahre in ihm erzeugten Aufregung trieben ihn an, den stillen Wirkungskreis des Geistlichen mit dem öffentlichen Leben auf's Neue zu vertauschen; er nahm die ihm angebotene Stelle eines Kommissärs der Regierung an, durchreiste als solcher den schwäbischen Kreis, und erhielt im Oktober 1796 die Stelle eines Sekretärs bei dem französischen Gesandten in Basel, Herrn Bacher. In derselben Qualität brachte Schwebel mehrere Jahre in Deutschland, hauptsächlich in Regensburg und Frankfurt zu. Die angenehmen Verhältnisse, in welchen er bis dahin gelebt hatte, änderten sich aber für ihn auf eine unangenehme Weise in dem für Frankreich so verhängnisvollen Jahre 1813. Als er sich eben mit Herrn v. St. Aignan in Gotha befand, wurde er am 11. April durch den preussischen Hauptmann v. Schwannfeld in Arrest genommen, als Repräsentant gegen eine ähnliche auf Befehl der französischen Regierung vorgenommene Verhaftung. In Ratibor in Schlesien brachte er auf diese Weise 11 Monate zu, und erst im Juni 1814 kam er wieder in das Elsaß zurück, wo er sich abwechselnd in Bischweiler und Straßburg aufhielt. Aus letzterer Stadt vertrieben ihn im folgenden Jahre

die in ihrer Nähe vorgefallenen Kriegereignisse, und im Oktober desselben Jahres begab er sich nach Paris. Im Juni 1816 wurde er zum zweiten Sekretär der französischen Gesandtschaft in Wien ernannt, an deren Spitze damals Herr v. Saraman stand, und als dieser Diplomat nach der Julirevolution seinen Posten verlassen hatte, versah er bis zur Ankunft des neuen Gesandten die Stelle eines Geschäftsträgers. Als Anerkennung seiner vielfachen Verdienste erhielt er bald hierauf die Stelle eines Generalkonsuls und Geschäftsträgers in Tripolis, von wo er dann späterhin in derselben Eigenschaft nach Tunis abging. In ersterer Stadt hatte er besonders darüber zu wachen, daß der Friede, welcher nach der Einnahme von Algier mit den Barbaren abgeschlossen worden, genau beobachtet würde, kraft welches die Seeräuberei aufgehoben, dem europäischen Handel mehr Freiheit gegönnt war, und die kleinern Staaten von Italien und Norddeutschland von dem Geldtribut befreit wurden, den sie zuvor an die Oberhäupter der Barbaren abzugeben hatten; auch verdankten ihm die übrigen dort an-

gestellten europäischen Konsuln eine große Verbesserung ihrer sonst so gedrückten Lage. In Tunis verweigerte er zuerst den Handfuß, den bisher der neue Konsul bei Ueberreichung seines Kreditbrieves dem Bey zu leisten hatte. Dieser protestirte, gab aber doch nach, und die übrigen Konsuln ahmten das von Schwebel gegebene Beispiel nach. Der moralische Einfluß, den er sich in seiner Stellung zu erwerben gewußt hatte, trug viel dazu bei, die durch die fernenden Kriegereignisse von Algier gegen die dortigen Europäer aufgeregten Gemüther der Tunisianer zu besänftigen und Ruhe zu erhalten. Im Jahr 1839 wurde er auf sein Begehren in den Ruhestand versetzt und brachte seine letzten Lebensjahre abwechselnd auf einem kleinen Landgut in Zellweiler bei Barr, in Straßburg und in Baden zu. Schwebel war ein Mann von großer Lebenserfahrung, vielen Kenntnissen und wirklich liebenswürdigem Charakter, dessen Andenken bei seinen Freunden und Bekannten nie erlöschen wird. L.

Redigirt unter Verantwortlichkeit des Verlegers.

Table with 4 columns: Karlsruhe, Jan. 26, Morg. 7 U., Mitt. 2 U., Abends 9 U. Rows include Luftdruck, Temperatur, Feuchtigkeit, Wind, Bewölkung, Niederschlag, Dunstgrad, Therm. min., max., med.

Literarische Anzeigen.

444.1 Bei G. D. Bader in Essen ist so eben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben:

Vom Rhein.

Leben, Kunst und Dichtung.

Mit dem Bilde Karl Simroth's und vier Kunstblättern. Herausgegeben von Gottfried Kinkel.

Prächtig in Cambrie gebunden, mit rheinisch allegor. Goldgepräge und mit Goldsch. geziert. 5 fl. 6 fr.

Ein Werk, an dem sich die tüchtigsten Kräfte des Rheinlandes auf dem Felde der Kunst, Wissenschaft und Poesie betheiligten, und welches von der Kritik (in der Aachener, Augsburger, Allgem., Düsseldorfer und Kölnischen Zeitung) bereits auf's Günstigste beurtheilt wurde. Die Krone des Ganzen, Kinkel's 'Margret. Eine Geschichte vom Lande,' (aus dem rhein. Volksleben), pries der Rezensent in der Augsb. als eine 'erregende, von Naturwahrheit überquellende, meisterhaft gezeichnete Dichtung.'

460.1 In der G. Braun'schen Hofbuchhandlung in Karlsruhe und bei W. Panemann in Adelheid Mercierclair (Erzieherin):

Eintritt einer jungen Dame in die Welt.

Ober Anweisung, wie sich ein junges Mädchen bei Besuchen, auf Ballen, bei'm Mittag- und Abendessen, im Theater, Konzert und in Gesellschaften zu benehmen hat. Nebst Belehrungen über Toilette; Anweisungen zu einigen beliebten Spielen u. dgl. m. Dritte Auflage. 16. Geh. Preis 45 kr.

Diese Schrift einer tüchtigen Erzieherin der weiblichen Jugend hat mit Recht den allgemeinsten Beifall gefunden, daher dieselbe hier bereits in einer zweiten, verbesserten und vermehrten Auflage erscheint.

Neues badisch. Volksschulblatt.

Mit diesem Blatte bieten mehrere badische Volksschullehrer, die sich zur Herausgabe desselben vereinigt und zur Beförderung der Redaktionsgeschäfte einige aus ihrer Mitte erwählt haben, ihren Amtsbrüdern ein Organ zur Besprechung der Angelegenheiten der Schule und des Lehrerstandes, ein Mittel zur Vereinigung der Kräfte aller gleichgesinnten Standesgenossen zu gemeinsamer Wirken und Streben und endlich die Gelegenheit zu unverfälschter Darlegung der Bedürfnisse, Wünsche und Bestrebungen der bad. Volksschullehrer vor den Augen ihrer Behörden und vor denen des ganzen Landes. Sie glauben, durch die Gründung dieses Blattes einem von den Lehrern selbst tief-

gefühlten Bedürfnisse entgegen zu kommen, und hoffen darum auch auf die rege Theilnahme ihrer Amtsbrüder an diesem nur im Interesse der Schule und der Lehrer verfolgten Unternehmen.

Das neue badische Volksschulblatt erscheint jeden Mittwoch und Samstag in einem halben Bogen und kostet, durch die Post oder im Wege des Buchhandels bezogen, 1 fl. 30 kr. halbjährlich. Sämmtliche Nummern für den Monat Januar sind bereits gedruckt und werden, da die Unterhandlungen mit den Postbehörden nun beendet sind, den Abonnenten in rascher Folge zukommen.

Anbestellungen für das erste Halbjahr von 1847 wollen bei dem zunächst gelegenen Postamt nehmlich recht bald gemacht werden. Mannheim, den 26. Januar 1847.

Die Redaktion des neuen bad. Volksschulblattes.

453.1 Blumenfeld. Kartoffelsamen.

Bei Unterzeichnetem ist vorzüglich guter Kartoffelsamen, halblös- und losweise zu haben, der im Jahr 1846 gefammet, und hinsichtlich seiner Triebkraft schon mehrfach geprüft wurde. Blumenfeld im Seckreis, 24. Januar 1847.

Phyllis Dr. Stoll.

455.3 Mannheim. Acker-Verkauf.

Drei Viertel 15 Ruthen 1 1/2 Fuß bad. Maß enthaltend, neben Bürgermeister Metzel und Franz Schumm liegend, zu Brühl, am Schweiginger Weg, ist aus freier Hand zu verkaufen, und die näheren Bedingungen auf dem öffentlichen Geschäftsbureau Lissignolo Lit. G. Nr. 17 zu Mannheim zu vernehmen.

461.1 Pöhenwettertsbach. Mastviehversteigerung.

Bis Mittwoch, den 3. Februar d. J., Nachmittags 2 Uhr, läßt der Unterzeichnete 14 Stück Ochsen, 10 Kühe und 1 Färren öffentlich versteigern, wozu die Liebhaber höflich einladet. Pöhenwettertsbach, den 21. Januar 1847.

Abraham Bähr, Pächter.

424.1 Nr. 2530. Emmendingen. (Bekanntmachung.) In Untersuchungsachen gegen Handlungs-Kommiss Christian Maurer von Mündingen, wegen Diebstahls, wird die Fahndung auf die Person des Infulpaten, da derselbe eingekerkert ist, mit dem Anfügen zurückgenommen, daß solche auf die entwendeten Gegenstände noch fortzudauern hat. Emmendingen, den 20. Januar 1847.

Großb. Oberamt. Sulzberger.

448.3 Nr. 1327. Eppingen. (Schuldenliquidation.) Schneider Jakob Martin und Megger Melchior Schumann von Itzingen beabsichtigen, mit Frau und Kindern nach Nordamerika auszuwandern. Es wird darum Tagelohn zur Anmeldung allenfalliger Ansprüche an sie auf

Freitag, den 26. Februar d. J., Vormittags 9 Uhr, dahier anberaumt, wozu man deren Gläubiger mit dem Bemerkten vorladet, daß, wenn keine Anmeldung erfolgt, diesen Personen die Erlaubnis zur Auswanderung und zum Wegzug des Vermögens ertheilt werden würde. Eppingen, den 24. Januar 1847.

Großb. bad. Bezirksamt. Danner.

428.1 Nr. 832. Eberbach. (Präklusivbescheid.) In der Gantfache des Schiffers Reinhard Kiedinger von Eberbach werden hiermit auf Antrag des Massepflegers alle diejenigen, welche die Anmeldung ihrer Forderungen unterlassen haben, von der vorhandenen Masse ausgeschlossen.

E. R. W. Eberbach, den 22. Januar 1847. Großb. bad. f. l. Bezirksamt. Hübsch.

Staatspapiere.

Wien, 23. Jan. 5prozent. Metallloose 108 1/2, 4proz. 99, 3proz. 71 1/2; 1834er Loose 157 1/2, 1839er Loose 119 1/2, Bankaktien 156 1/2, Nordbahn 174 1/2, Gloggnitz 133 1/2, Venetg.-Mailand 110 1/2, Livorno 95, Pesth 99 1/2, Grossetto 94, Siena 75, Eberbachy -

Paris, 25. Januar. 3proz. konfol. 77. 65. 3proz. 1844 - 5proz. konfol. 117. 30. Bankakt. 3250. - Stadt-Oblig. 1305. - St. Germainisenbahnaktien - - - - - Versäcker Eisenbahnakt. rechts lfer 340. - links lfer 212. 15. Dr. Eisenbahnakt. 1212. 50. Ruten 880. - Straßburg-Basel 210. - Big. Anleihe (1840) 100 1/2. (1842) 102, Rom. do. 100. Span. Akt. - - - - - Par. - - - - - Neap. 100. 50.

Frankfurt, 27. Januar. (Brs.) Papier. (Geld.)

Table with 4 columns: Österreich, Preußen, Bayern, Württemb., Baden, Darmstadt, Frankfurt, Kurhessen, Nassau, Holland, Spanien, Portugal, Sardinien, Gold, Silber. Rows list various financial instruments and their values.

Karlsruher Anzeiger.

467.1 Karlsruhe.

Gummischuhe.

Es ist wieder eine große Parthie Gummischuhe eingetroffen und werden solche je nach Größe à 1 fl. 30 fr. bis 1 fl. 45 fr. das Paar abgegeben bei

J. Moog, Materialist.

407.3 Karlsruhe. Wohnung zu vermieten.

In einem Hause der Amalienstraße ist der obere Stock, bestehend in 1 Salon mit Balkon, 5 eleganten Zimmern, 2 Dachkammern, Stallung zu 4 Pferden, Wagenremise, Bedientenzimmer, Keller, Speicher und einem Garten, auf den 23. April beziehbar, zu vermieten und das Nähere zu erfahren bei

Sigmund A. Levis, Langestraße 110.

Wohnungen zu vermieten: Alte Waldstr. Nr. 23 der untere Stock, zu einem Laden eingerichtet, mit 4 Zimmern, Alfof, Küche u., auf den 23. Juli; - Langestr. Nr. 205 im Hintergebäude 2 Zimmer, Alfof u., auf den 23. Apr.; - ein Salon mit 2 anstoßenden Zimmern im 2. Stock um 130 fl. jährlich, auf den 23. Apr.; Näheres Karlsruhe. Nr. 6; - Jähringerstr. Nr. 55 auf den 23.

Apr. 3 Logis: 1) im obern Stock 7 Zimmer, Alfof, Küche, 2 Kammern u., 2) im Seitengebäude 2 Zimmer, 3) 2 große Mansardenzimmer; - Langestr. Nr. 167 1 möbl. Zimmer mit Alfof, fogleich; - 1 möbl. Zimmer auf dem Marktplatz, auf den 1. März; Näheres Langestr. Nr. 135 im 2. Stock; - Stephaniensstr. Nr. 22 1 möbl. Zimmer in den Garten, auf den 1. März; - Waldstr. Nr. 30 im 2. Stock 2 Zimmer, Küche, Keller u., auf den 23. Apr.; - neue Waldstr. Nr. 77 im obern Stock 5 Zimmer, Alfof, Küche u., auf den 23. Apr.; - alte Perrenstr. Nr. 8 ein kleiner Laden mit 3 Zimmern, Küche u., auf den 23. Apr.; - Alabemierstr. Nr. 23 1 Zimmer mit ob. ohne Möbel; - neue Waldstr. Nr. 46 das ganze Vorderhaus an eine oder zwei Familien, im untern Stock 4 Zimmer, Küche u., im obern Stock 5 Zimmer, Küche u., 2 Mansarden, auf den 23. Apr.; - Linkenheimerstr. Nr. 5 im 2. Stock 6 Zimmer, Küche, Dachzimmer u., auf den 23. Juli.

Dienste sucht: ein Mädchen, das kochen u., kann, Waldstr. Nr. 60; - eine solide Person, die kochen und nähen kann u., Waldstr. Nr. 65; - ein Mädchen, im Kochen bewandert, Spitalstr. Nr. 19. - Verloren: eine goldene Ohrenbandelotte von der Spitalstr. gegen die Jähringerstr., abzugeben Spitalstr. Nr. 19; - landständische Verhandlungen der 2. Kammer 1. u. 2. Febr. 1837, abzugeben Karlsruhe. Nr. 7. - Zum Verkauf: buchene Äsche, Waldstr. 64; - ein gut gebautes Haus im schönsten Theile der Stadt; Näheres Steinstr. Nr. 15. - Empfohlen werden: neubörser Loh das Neß zu 1 fl. 26 fr. von Gerwig; - waldbudenes Scheiterholz zu 19 fl. das Alfof, Waldstannen zu 13 fl. 30 fr., Kloben zu 16 fl., Klobstannen 12 fl. 30 fr. von Stüber; - Neufilberwaarenlager von Gehres; - Lampenöl von Moog.

Mit einer Anzeigenbeilage.

Druck und Verlag von C. Maslot.